

GEHEIMTREFFEN IN POTSDAM

Schuster warnt vor Vergleich mit Wannsee-Konferenz



Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland

*Foto: Marco Limberg /
Zentralrat der Juden in
Deutschland*

Der Zentralrat der Juden erinnert an die Einzigartigkeit des Holocaust – und sieht doch Grund für Alarm

22.01.2024 13:14 Uhr

Nach Berichten über ein Treffen Rechtsextremer mit Politikern von AfD und CDU in Potsdam mahnt der Zentralrat der Juden zu größter Vorsicht bei Vergleichen mit der sogenannten Wannsee-Konferenz der Nazis. »Der industrielle Massenmord an den europäischen Juden ist in seiner Kaltblütigkeit und Wahnhaftigkeit singulär in der Geschichte«, sagte Zentralratspräsident Josef Schuster der Deutschen Presse-Agentur.

Doch fügte Schuster hinzu: »Das Treffen in Potsdam von AfD-Funktionären mit der Identitären Bewegung zeugt aber ohne Frage von einer Brutalität im Denken, das sich gegen die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft richtet.«

Bei dem Potsdamer Treffen im November war nach Recherchen des Medienhauses Correctiv besprochen worden, wie Menschen mit Migrationsgeschichte aus dem Land

geschafft oder gedrängt werden könnten. Bei der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 hatten hohe NS-Funktionäre über die systematische Ermordung von bis zu elf Millionen Juden Europas beraten. Ziel der Besprechung in einer Villa am Wannsee war es, die Umsetzung des Völkermords zu beschleunigen.

Auch wegen der räumlichen Nähe - beide Orte sind nur wenige Kilometer voneinander entfernt - war in den vergangenen Tagen immer wieder auf die Wannsee-Konferenz hingewiesen worden, so auch im ursprünglichen Text zur Recherche.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte etwa, dass sie sich durch das Potsdamer Treffen daran erinnert fühle - machte aber zugleich deutlich, dass sie beides nicht gleichsetzen wolle. CDU-Chef Friedrich Merz sagte hingegen, er lehne Vergleiche beider Treffen als unhistorisch ab.

Die Direktorin der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Deborah Hartmann, betonte in einer Pressemitteilung, es gebe fundamentale Unterschiede und dennoch »völkische Gedankenparallelen samt Vertreibungsfantasien«. Das sollte allen verdeutlichen, dass durch Äußerungen Rechtsextremer auch aus der AfD »die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt wird«.

dpa/ja